

immer freier werdenden Auftreten der Konzernherren und der Militaristen. Sie berichteten von der Antreiberei in den westdeutschen Betrieben. Sie erklärten, daß sie noch nicht einmal das Recht haben, im Betrieb eine Gewerkschaftsversammlung durchzuführen. Sie schilderten die Furcht der Arbeiter vor der Krise, vor Entlassung, vor Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Sie berichteten von der Stilllegung ganzer Betriebe und Bergwerke.

Die Betriebsräte erzählten von der Knebelung ihrer Tätigkeit durch das Betriebsverfassungsgesetz. Die Berg- und Hüttenarbeiter aus Watenstedt-Salzgitter schilderten, wie die Betriebsleitung die Arbeiter frech auf die Straße wirft und nach hitlerschem Muster erklärt, daß es erst Arbeit gäbe, wenn die Aufrüstung in vollem Umfang beginne.

Auf Grund dieser Lage wächst bei den Arbeitern Westdeutschlands der Wille zu kämpfen. Auf Grund dieser Lage hat Walter Freitag, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in seinem Neujahrsaufruf 1954 an die Gewerkschafter Westdeutschlands erklärt, daß der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1954 für soziale Sicherheit eintreten wird. Er hätte hinzufügen müssen, daß der Kampf um soziale Sicherheit den Kampf gegen die Konzernherren und Militaristen voraussetzt. In den Gewerkschaften Westdeutschlands darf man die Sache nicht so darstellen, als sei der Militarismus mit sozialer Sicherheit zu vereinbaren. Aber wir begrüßen es, wenn der Bundesvorstand des DGB erklärt, daß man nach sozialer Sicherheit streben muß; denn im Bonner Staat gibt es keine soziale Sicherheit für die Arbeiter und die Werktätigen.

Dabei können die westdeutschen Gewerkschafter in ihrem Kampf nur gestärkt werden, wenn sie sich davon überzeugen, wie in der Deutschen Demokratischen Republik die soziale Sicherheit durch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, durch das Recht auf Arbeit, durch das Recht auf Unterstützung bei Krankheit, das Recht auf Urlaub usw. gewährleistet ist. Für solche Ziele kann man auch in Westdeutschland kämpfen.

Welche Sorgen haben doch die zwei Millionen westdeutscher Arbeiterfamilien, in denen der Vater keine Arbeit hat und auch keine Arbeit bekommt. Was ist denn das für eine Freiheit, von der Rosenberg und Freitag sprechen, wenn die Konzernherren das Recht haben.